

FELLBACHER ZEITUNG

Amtliches
Bekanntmachungsorgan
des Rems-Murr-Kreises

Remstal-Nachrichten
Oeffinger Zeitung
Rommelschauer Zeitung
Schmidener Zeitung
Stettener Zeitung

Nummer 68 · 12. Woche · 80. Jahrgang · FZ

Samstag/Sonntag, 22./23. März 2025

€ 3,00 · E2812



Mein Magazin Wer soll das denn lesen?

Mit Blick auf die Leipziger Buchmesse, die in der kommenden Woche beginnt, fragen wir in unserem Wochenende-Magazin: Wie erkennen Verlage einen Beststeller? In unserer Infografik schauen wir, wie stark Europa eigentlich ist. Außerdem haben wir uns mit Musiker Jan Delay unterhalten, Schmetterlinge gegessen und im Urlaub gefastet.

Kommentar

Noch mehr vom süßen Gift im Staat

Die neue Bundesregierung bekommt Zugriff auf viel Geld – das der Staat nicht hat. Wehe, das macht Schule.

VON CHRISTOPH REISINGER

Jetzt sind fast alle froh. Denn auch die Länder haben das Mega-Zusatz-Schulden-Paket gebilligt, auf dessen Fundament CDU-Chef Friedrich Merz Kanzler werden und seine Union-SPD-Koalition bauen will.

Richtig ist diese Entscheidung mit Blick auf das Kernanliegen: quasi ohne Finanzhilfen Deutschlands möglichst schnell in die Lage zu versetzen, sich und Verbündete vor Erpressung und Überfällen zu schützen. Russische Landnahme in Europa und erlahmendes US-Interesse an Europa erzwingen diesen Schritt. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürft hätte: BSW-Chefin Sarah Wagenknecht, Russlands Chefpropagandistin in Deutschland, liefert ihn mit dem Gift, das sie dagegen spritzt.

In diesem Paket stecken aber auch die Lockerung der Schuldenbremsen von Bund und Ländern und obendrein 100 Milliarden Euro, mit denen sich die Länder ihre Zustimmung bezahlen lassen – alles Geld, das der Staat nicht hat. Geld, das Wirtschaft und Bürger abstoßen müssen.

Offenkundig verweigert Merz wie zuvor die Ampel eine zeitenwendgerechte Priorisierung staatlicher Aufgaben. Die Würde der gesamten Gesellschaft viel Verzicht abfordern. So aber steckt mehr denn je von dem süßen Gift im Staat, Handlungsfreiheit auf Pump zu organisieren. Erinnert sei daran: Die große Krise 2008 wurde nicht von Banken, sondern von EU-Staaten ausgelöst, die genau das auf die Spitze getrieben hatten.

Wetter

Mittags 17° | Nachts 7°
Stark bewölkt, nachmittags örtliche Auflockerungen

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



100 Milliarden Euro erhalten die Länder aus dem Infrastrukturpaket. Davon ließe sich das Bahnprojekt Stuttgart 21 gut neun Mal realisieren.

Länderchefs bewilligen sich ein Paket neun Mal so groß wie S21

Kritik und vier Enthaltungen, doch der Bundesrat gibt grünes Licht für das historische Schuldenpaket. Die Länder profitieren von 100 Milliarden Euro aus Sondervermögen und gelockterter Schuldenbremse.

BERLIN. Die Länderchefs haben den Weg für das Milliarden-Finanzpaket von Union und SPD frei gemacht. Wie am Dienstag im Bundestag kam auch im Bundesrat die Zweidrittelmehrheit für die Änderung des Grundgesetzes zustande. Dafür gab es 55 der 69 Stimmen. Nötig wären 46 gewesen. Nur die Länder Brandenburg und Thüringen – in denen das BSW mitregiert – sowie Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz – wo die FDP mitregiert – enthielten sich, was als Nein zählt. Alle anderen Länder stimmten zu. Mehrere Ländervertreter äußerten sich aber kritisch zum beschleunigten Verfahren und formulierten Erwartungen an die künftige Regierung.

Mit der Zustimmung können die Grundgesetzänderungen für das beispiellose Schuldenpaket umgesetzt werden, sobald Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese unterzeichnet. Es sieht eine Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben und ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz vor. 100 Milliarden davon sollen an die Länder gehen, auch für sie soll die Schuldenbremse gelockert werden.

„Auf so eine außergewöhnliche Herausforderung kann man nicht mit gewöhnlichen Mitteln reagieren.“

Winfried Kretschmann (Grüne),
Ministerpräsident
Baden-Württemberg



Foto: image/ Bernd Emmerich

Israel: Wut über Entlassung im Geheimdienst

Premier Netanjahu entlässt den Chef des Geheimdienstes – der wohl gegen Netanjahu-Vertraute ermittelt ließ.

JERUSALEM. Israels rechtsreligiöse Regierung von Benjamin Netanjahu hat ungeachtet wütender Massenproteste den Chef des Inlandsgeheimdienstes entlassen. Das Kabinett habe Netanjahus Entscheidung, Schin Bet-Chef Ronen Bar seines Amtes zu entheben, einstimmig gebilligt, teilte das Büro des Ministerpräsidenten mit.

Es ist laut Medien das erste Mal, dass eine israelische Regierung den Leiter des Schin Bet entlässt. Tausende Menschen protestieren vor Netanjahus Amtssitz. Es kam laut Medien zu Zusammenstößen mit der Polizei. Netanjahu, gegen den ein Korruptionsprozess läuft, hatte die Entlassung mit „Mangel an Vertrauen“ begründet. Die Beziehung zu Bar gilt als belastet. Der Schin Bet ermittelt gegen Vertraute Netanjahus wegen angeblicher Beziehungen zu Katar. dpa

Zwei Unbeteiligte sterben bei illegalem Autorennen

In Ludwigsburg kommen zwei Frauen ums Leben, als ihr Wagen mit einem anderen kollidiert. Der Unfallverursacher ist in U-Haft.

VON ANDREAS HENNINGS UND DPA

LUDWIGSBURG. Nach einem Unfall bei einem illegalen Autorennen sind in Ludwigsburg zwei unbeteiligte Frauen gestorben. Wie die örtliche Polizei und die Staatsanwaltschaft Stuttgart am Freitag mitteilten, hatten sich am Donnerstagabend offenbar zwei Autofahrer auf einer Straße ein Rennen in Richtung einer Autobahnauffahrt geliefert. Ein Wagen kollidierte mit dem Fahrzeug zweier Frauen, das gerade von einer Tankstelle auf die Straße fuhr.

Der Wagen der Frauen prallte durch die Wucht der Kollision gegen eine Mauer und blieb eingeklemmt zwischen zwei Bäumen auf der Seite liegen. Die 23-jährige Fahrerin und ihre um ein Jahr jüngere Beifahrerin wurden in dem Ford eingeklemmt und später von der Feuerwehr befreit. Sie erlitten so schwere Verletzungen, dass sie am Unfallort starben.

Die Ministerpräsidenten Sachsens, Michael Kretschmer (CDU), und Bayerns, Markus Söder (CSU), mahnten Strukturreformen an. Das Paket müsse einhergehen mit weniger Bürokratie, geringeren Energiekosten und der Begrenzung illegaler Migration. Die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig (SPD), knüpfte ihre Zustimmung an eine generelle Reform der Schuldenbremse. Union und SPD hatten vereinbart, dass eine Expertenkommission einen Vorschlag zur Modernisierung der Schuldenbremse entwickeln soll.

Mit Bremen und Mecklenburg-Vorpommern stimmen zwei Länder für das Paket, in denen Die Linke mitregiert. Die Partei kritisiert die Lockerung der Schuldenbremse nur für Verteidigungsausgaben. Mit dem Paket sei „die Chance auf eine grundsätzliche Veränderung nun massiv gesunken“, sagte Parteichef Jan van Aken unserer Zeitung. Zwar solle die generelle Lockerung geprüft werden, „aber es gibt keinen Druckpunkt mehr. Die Union will sie nicht, und deshalb wird sie auch nicht kommen“, so van Aken. nwa/dpa

Kommentar

Stromausfall: Heathrow lahmgelegt

Langsam soll der Flugbetrieb wieder starten – der Londoner Airport Heathrow stand stundenlang still.

LONDON. Ein Stromausfall hat Europas größten Flughafen lahmgelegt. Der Londoner Airport Heathrow blieb stundenlang gesperrt – erst am Freitagabend ging der Betrieb langsam wieder los und vereinzelt Flieger konnten landen. Mehr als 200 000 Passagiere seien betroffen gewesen, meldete die britische Nachrichtenagentur PA.

Grund für den Stromausfall war ein Brand in einem Umspannwerk. Warum das Feuer ausbrach, ist noch unklar. Die Londoner Polizei hat vorsorglich ihre Anti-Terror-Ermittler eingeschaltet.

„Wir hoffen, dass wir morgen wieder einen vollständigen Betrieb durchführen können“, teilte der Flughafen mit. Reisende müssen allerdings auch in den kommenden Tagen noch mit Problemen rechnen. dpa

Vier Frauen als Stuttgarterinnen des Jahres geehrt

Unsere Zeitung hat zusammen mit der Volksbank Stuttgart Menschen mit dem Ehrenamtspreis ausgezeichnet.

STUTTGART. Vier Frauen haben den Ehrenamtspreis Stuttgarter/Stuttgarterin des Jahres in Höhe von 3000 Euro pro Projekt erhalten. Die meisten Stimmen der Leser und Leserinnen unserer Zeitung gingen an Sarah Folk, die selbst gemachte Spielsachen und Kleidung an die kleinen Patienten im Kinderkrankehaus Olgäe spendet.

Anette Spitzenpfeil wurde für die Gründung einer Selbsthilfegruppe für Frauen mit Diagnose Brustkrebs ausgezeichnet, die nun als „Pink Broncos“ im Drachenboot über den Neckar rudern. Preiswürdig waren auch Elka Edelkott und Katja Walterscheid; sie achten mit ihrem Verein „Just Human“ auf die Einhaltung von Menschenrechten. Geehrt wurden zudem das Friedrich-Eugens-Gymnasium und der Verein Release Stuttgart. red

Noch Kritik nach Germanwingsabsturz

PARIS/HALTERN. Zehn Jahre nach dem Absturz einer Germanwings-Maschine in den französischen Alpen werfen Angehörige dem Luftfahrt-Bundesamt weiter Versäumnisse vor. „Es hätte auffallen müssen, dass der Co-Pilot psychologische Probleme hatte“, sagte Anwalt Julius Reiter mit Blick auf Andreas Lubitz. Laut Ermittlern hatte er die Maschine mit 150 Menschen an Bord mit Absicht gegen ein Bergmassiv gesteuert. AFP Leitartikel

Corona-Herpenkult bleibt wohl unklar

FRANKFURT. Der Virologe Martin Stürmer glaubt, dass die Herkunft des Coronavirus nicht final geklärt werden kann, solange China keine weiteren Daten freigibt. „Das Sars-CoV-2 ausgerechnet in der Nähe eines Instituts, in dem intensiv an Coronaviren geforscht wurde, zum ersten Mal aufgetreten ist, kann einem schon zu denken geben, ist aber kein Beweis für die Richtigkeit der Labortheorie“, sagte Stürmer unserer Zeitung. Der Bundesnachrichtendienst war 2020 in einem Geheimbericht davon ausgegangen, dass das Virus wohl bei einem Laborunfall in China freigesetzt wurde. Generell gehe von Krankheitserregern aus dem Tierreich aber eine größere Gefahr aus als von Erregern, an denen in Laboren geforscht wird. lud